

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Mittwoch, 6. Januar 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 9

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Um die große Koalition.

Zusammentritt der Zentrumsvorstände am Sonntag, der demokratischen Fraktionen am Dienstag.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Nach kein neuer Schritt des Reichspräsidenten.

In der Frage der Regierungsbildung ist, wie entgegen anders lautenden Nachrichten festgestellt werden muß, bisher noch keine Entscheidung erfolgt. Das Gerücht, der Reichspräsident wolle noch in dieser Woche erneut den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilen, und zwar diesmal an Dr. Luther, ist ungenügend. Der Reichspräsident hat sich bisher noch nicht wieder mit der Frage der Regierungsbildung befaßt. Staatssekretär Dr. Meißner kehrt erst morgen wieder nach Berlin zurück. Reichspräsident v. Hindenburg hatte in den Tagen vor Weihnachten, als er das Kabinettskabinett mit der vorläufigen Fortführung der Regierungsgeschäfte betraute, die Absicht, noch vor Zusammentritt des Reichstags am nächsten Dienstag eine Persönlichkeit mit der Neubildung des Reichskabinetts zu betrauen.

Inzwischen hat das Zentrum, wie bekannt, nochmals betont, daß es an dem Ziel der Regierungsbildung auf der Basis der großen Koalition festhalte. Um hierzu nochmals Stellung zu nehmen, treten die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags am nächsten Sonntag zusammen. Ebenso treten die demokratischen Fraktionen des Reichstags und Landtags am Dienstag, 12. Januar, nach der Veranlassung zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Wie in den Kreisen des Zentrums, ist man auch bei den Demokraten übereinstimmend der Ansicht, daß die Lösung des Regierungsproblems im Reich im Zusammenhang mit der Lage in Preußen gefunden werden muß. Die Beratungen der beiden Parteien dürften das deutlich zum Ausdruck bringen. Schon daraus ergibt sich, daß eine Beauftragung Dr. Luthers oder einer anderen Persönlichkeiten vor den Entscheidungen des Zentrums und der Demokraten ziemlich aussichtslos wäre.

Es ist deshalb mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Reichspräsident die Entscheidung, wen er mit der Kabinettsbildung betraut, treffen wird, wenn die Entschlüsse des Zentrums und der Demokraten vorliegen, weil diese zur endgültigen Klärung der Sachlage führen dürften.

Ob die Sozialdemokraten sich bei den kommenden Verhandlungen geneigter zeigen werden, in eine Regierung der großen Koalition einzutreten, steht noch nicht fest. In der Zwischenzeit dürften die für die große Koalition entscheidenden Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie an Zahl wie an Gewicht gewonnen haben. Es liegt ja auch auf der Hand, welche große Verantwortung die Sozialdemokratie auf sich lädt, wenn sie sich dem Eintritt in die Regierung entzieht, eine Verantwortung, die sich nicht allzusehr leicht auf das Reich beschränkt, sondern die auch auf Preußen überzuziehen kann. Wie war der Zusammenschluß der republikanischen Parteien notwendig als in diesem Augenblick. Will sich ihm die stärkste republikanische Partei verweigern? Jeder Blick in die Reichspresse beweist ihr, wie man in den deutschen Kreisen nur darauf lauert, daß die sozialdemokratische Partei der Regierung endgültig fernbleibt, und wie für diesen Fall schon die Vorbereitungen getroffen werden, die das allmähliche Hinübergehen nach rechts einleiten sollen.

Wenn der Reichstag am nächsten Dienstag zusammentritt, dann ist hoffentlich schon Klarheit darüber geschaffen, daß die republikanischen Parteien zusammengehören — in der kommenden neuen Regierung mehr als je zuvor.

In den letzten Wochen haben sich die sozialdemokratischen Stimmen, die eine große Koalition für unbedingt erforderlich halten, auffallend vermehrt. Wir brauchen doch an das starke Echo zu erinnern, das die großen Reden Scheidemanns und Davids sowie die Versicherungen Noskes für die große Koalition innerhalb der Sozialdemokratie im Reich gefunden haben. Im höchsten Maße muß es bedauern, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei,

seinen Lesern bis heute auch nicht das geringste von alledem mitgeteilt hat. Die sozialdemokratischen Kreise Berlins bekommen dadurch eine ganz falsche Auffassung über die gegenwärtigen Strömungen innerhalb der Partei.

Die Auffassung Dr. Wirths.

Reichszugler a. D. Dr. Wirth hat seine Tätigkeit zur Fortführung der republikanischen Bewegung im Zentrum im neuen Jahre bereits wieder aufgenommen. Außer in Düsseldorf sprach er in dieser Woche noch am Orte des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Gladbach. Die Versammlungen waren vom Zentrum einberufen und überaus stark besucht, auch von Angehörigen anderer Parteien. Dr. Wirth vertrat und vertritt den Standpunkt, daß nach wie vor die Bildung der großen Koalition angestrebt werden muß. Das Zentrum müsse — was ja wohl auch seine Absicht ist — erneut an die in Frage kommenden Parteien die Aufforderung richten, sich an der Bildung der großen Koalition zu beteiligen. Sollte aber wirklich eine der in Betracht kommenden Parteien auch jetzt wieder der großen Koalition sich verweigern, dann müsse das Zentrum trotzdem die Initiative ergreifen, um das Zustandekommen einer parlamentarischen Regierung zu ermöglichen. Dr. Wirth ist der Meinung, daß unbedingt eine parlamentarische Regierung gebildet werden muß, und daß zur Erreichung dieses Zieles alles getan werden müsse, um eine Staatskrise zu vermeiden. Seine Bewegung wird Dr. Wirth auch in nächster Zeit im Reich fortsetzen.

Gegen das Diktaturgerede.

„Phrasie und Frevel“

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt im Leitartikel in ihrem gestrigen Abendblatt Stellung gegen das Gerede über angeblich notwendige diktatorische Regierungsmethoden und schreibt unter anderem: Nicht das Parlament als Institution hat verfallen, sondern verfallen hat die Politik derjenigen Parteien, die den gegenwärtigen Reichstag bisher maßgebend beherrschten. Die gegenwärtige Regierungspolitik beruht einfach darauf, daß die Deutschnationalen im Augenblick der außenpolitischen Entscheidung ihre eigene Regierung im Stiche lassen. Wäre Herr Luther wirklich ein Staatsmann von Format, so hätte ihm dieser Abfall der Deutschnationalen das Signal zum Kampfe sein müssen — so hätte er diesen Reichstag aufgelöst und im Kampfe gegen die Deutschnationalen für eine neue Mehrheit in einem neuen Reichstag gekämpft. Das wäre in der Logik des parlamentarischen Systems gewesen. Nicht dieses, nicht das Parlament als Institution, nicht die demokratische Verfassung hat also verfallen, wenn wir jetzt in einer schwer lösbaren Regierungskrise stehen. Und wenn für diese Krise bisher noch keine Lösung gefunden wurde, so liegt ja auch das nicht am Parlament und an dessen „Verfallen“. Tempo und Entwicklung der Regierungspolitik hängen von den Schritten ab, die der Reichspräsident dafür unternimmt. Er bestimmt dieses Tempo, er entscheidet über seine Schritte. Dr. Herr Dr. Luther ist dabei immer gültig beraten hat, darf man bezweifeln. Aber der Ruf nach einer Diktatur, nach einem dem Geiste der Verfassung widersprechenden Regiment des Art. 48 im Namen des Reichspräsidenten findet in dem bisher Geschehenen wahrhaft keine Rechtfertigung.“ Zum Schluß schreibt die demokratische Zeitung: „Die parlamentarischen Möglichkeiten sind ja in diesem Reichstag, in dem die Deutschnationalen so große Macht ausüben und sich trotzdem als regierungsunfähig erwiesen, nicht sehr zahlreich. Aber auch dieser Reichstag, in dem das deutsche Volk jetzt läßt, daß es der Demagogie der Rechten folge, wird ja einmal von einem anderen abgelöst werden. Bis dahin heißt es: in jedem Falle die Verfassung zu wahren. Das Raunen und Reden von Diktatur hat keine innere Rechtfertigung. Es ist Phrasie und Frevel.“

sagte, der Hauptgrund Fengs, über Russland zu reisen, sei wohl die Furcht, das Schicksal des kürzlich ermordeten Generals Sun zu teilen, wenn er sich über Schanghai nach Amerika begeben würde. Der Vertreter des Ministers sieht voraus, daß Feng nach seiner Rückkehr der populäre Führer Chinas werden dürfte, daß jedoch Wupeifu die Zwischenschicht benutzen werde, aus dem Schatten hervorzutreten. Die japanische Regierung überwacht die Lage in China sehr aufmerksam und erwartet, daß das Land im Laufe der nächsten Monate zur Ruhe kommen werde. Man nimmt an, daß in Fengs Abwesenheit und in Anbetracht der zeitweiligen Zurückhaltung Tschangfollins der Ministerpräsident Tuan mehr Handlungsfreiheit haben werde.

Der angebliche Erzberger-Mörder.

Die Identität noch nicht festgestellt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Wien, 6. Januar.

Die Identität des in Bad Aussee verhafteten Mannes mit dem Erzberger-Mörder Schulz ist noch nicht festgestellt. Man hält es für möglich, daß der Verhaftete nur ein Hochstapler sei, der sich bei den Wirtshäusern als Mörder Erzbergers ausgegeben habe, um allerlei Unterstützung von ihnen zu erhalten. Derartige Versuche sind in Oesterreich schon öfter mit Erfolg gemacht worden.

Der Fall Luppe.

Von

Dr. Ernst Feder.

Die deutsche Justiz in politischen Strafsachen hat ziemlich viel „Fälle“ in den letzten Jahren zu verzeichnen, und der Freund des Rechts und der Rechtspflege muß leider erkennen, daß diese Säufung der Fälle, wenn sie sich in solchem Maße und in solchem Tempo fortsetzt, schließlich zum Fall der Justiz führen muß. Es hiesse anderen deutschen Ländern Unrecht tun, wollte man behaupten, daß nur in Bayern diese Entwicklung zu verspüren ist. Aber es scheint, daß sich Bayern die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen will. Der furchtbare Verfall der politischen Strafjustiz in Bayern ist durch ein so einwandfreies Zeugnis wie das des ganz rechtsstehenden früheren bayerischen Innenministers Schweyer belegt, der in seinem wertvollen Buche „Politische Geheimverbände“ erklärt: „Die wichtigste Säule der Staatsautorität, das Vertrauen in die Rechtspflege, das Rechtsgesetz im Volke, ist in einem Maße erschüttert worden, daß es wohl sehr langer Zeit bedürfen wird, diese Wunde zur Heilung zu bringen. Dieses harte, aber gerechte Urteil bezog sich auf die Vera Killig — Ahr. Man möchte erwarten, daß unter der Leitung eines so besonnenen Staatsmannes, wie des jetzigen Ministerpräsidenten Held Staatsautorität und Vertrauen zur Rechtspflege wieder hergestellt würden. Der Fall Luppe ist nach seiner bisherigen Entwicklung geeignet, diese Erwartung zu enttäuschen.“

Eine amüsante, leider nicht nur amüsante Parallele drängt sich auf. Schon einmal wurde in Bayern Politik und Gidesverletzung in Zusammenhang gebracht. Gegen den Kapitän Ehrhardt hatte der Oberreichsanwalt Chermayer einen Steckbrief erlassen. Wegen Hochverrats. Zugleich wegen dringenden Verdachts der Gidesverletzung und der Verleitung der Prinzessin Hohenlohe zur Gidesverletzung. Ehrhardt entfloh aus dem Gefängnis. Entfloß nach München. Nahm an einer geheimen Sitzung bayerischer Regierungsvertreter teil, in der er neben dem Delegierten des Justizministers Görtner saß. Dann wurde er von der bayerischen Regierung zum Leiter der sogenannten bayerischen „Kotzpolizei“ ernannt, die die nördliche Grenze des Landes „sichern“ sollte — nämlich gegen das Reich. Dieser Mann also, der mit Recht wegen des Deliktes der Gidesverletzung steckbrieflich verfolgt war, wurde von der bayerischen Regierung mit einer der wichtigsten staatlichen Funktionen betraut. Oberbürgermeister Dr. Luppe aber, gegen den zu Unrecht ein Verfahren wegen Gidesverletzung eingeleitet ist, wird von der mittelfränkischen Kreisregierung als ungeeignet bezeichnet, weiter als Vorstand der Nürnberger Gemeindeverwaltung aufzutreten.

Gerade dies Zusammenspiel von Justiz und Verwaltung ist es, was uns den Fall Luppe in besonders eigenartiger Sichte erscheinen läßt. Es ist nicht etwa so, daß die Einleitung eines solchen Verfahrens die Suspensionierung von Amte kraft Gesetzes nach sich zieht. Gewiß, wenn das gerichtliche Hauptverfahren eröffnet ist, dann muß nach dem bayerischen Beamtengesetz die vorläufige Enthebung vom Amte erfolgen. Wenn auch nicht jedes Gesetz in Bayern in jedem Falle angewendet wird, so kann man doch sicher sein, daß dieser Gesetzesartikel gegen einen Republikaner ganz bestimmt vollzogen wird. Das Hauptverfahren ist aber noch nicht eröffnet, und man möchte vorläufig noch immer annehmen, daß angeht die Dürftigkeit des Materials es zu einem solchen Verfahren nicht kommen wird. Es ist zunächst nur die Voruntersuchung beantragt. Deshalb stand es auch nach bayerischem Beamtenrecht im Ermessen der Aufsichtsbehörde, ob sie von sich aus, ohne noch das Verfahren zu irgendeinem Ergebnis geführt hat, einschreiten will oder nicht. Sie ist eingeschritten, und sie hat die vorläufige Amtsenthebung verfügt, die für den betroffenen Beamten zugleich mit einer Kürzung seines Gehalts um ein Drittel verbunden ist.

Warum dies Urteil vor dem Urteil? Warum dies Verfahren überhaupt? An der deutschen Strafjustiz habe ich in fast allen Funktionen teilgenommen, als Verteidiger und als Anklagevertreter, als Verhandlungsleiter, als Zeiger, als Zeuge, als Privatkläger, als Nebenkläger, und nur die Rolle des Angeklagten blieb mir bisher erspart. Ich glaube daher mit der Psychologie und der Technik der Zeugenaussage einigermaßen vertraut zu sein, und ich möchte die Behauptung aufstellen, daß das, was dem Oberbürgermeister Dr. Luppe wiederfahren ist, dem korrektesten, dem gemäßigtesten Zeugen jeden Tag zustoßen kann. Ein „Fanatiker der Wahrheitsliebe“ wurde Dr. Luppe von einem Zeugen genannt, und jeder, der den ausgezeichneten Mann kennt, auch jeder sachliche Gegner wird diesem Urteil zustimmen. Aber auch der größte Freund der Wahrheit kann einen Irrtum begehen, auch wenn er kein Gedächtnis auf das genaueste geprüft hat, und namentlich wenn es sich um einen alten Mantel handelt, den er vor mehr als fünf Jahren gekauft hat, und um ein Messer, das vor ein paar Jahren einmal einem Wandervogel abgenommen worden ist. Ob nicht auch dem Herrn Staatsanwalt, der die Voruntersuchung beantragt, und dem Herrn Regierungspräsidenten v. Huber, der die Amtsenthebung unterzeichnet, solche Irrtümer unterlaufen sind?

Um ein mildes Wort zu gebrauchen: Was da in Nürnberg vor sich geht, ist ein Skandal. Die Justiz hatte die Pflicht, den Oberbürgermeister Dr. Luppe, dienen untauglichen Grenmann und hochangesehenen Kommunalpolitiker, gegen den Verleumdungsfeldzug des böhmischen Agitators zu schützen. Sie hatte diese Pflicht, obwohl er entschiedener Republikaner und Führer im Republikanismen

Der Schachzug des Generals Feng.

Wachsende Verwirrung in Peking.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Kalgan, 6. Januar.

General Fengjubians Abdanung ist auch in Kalgan, wo er sich bisher aufhielt, völlig überraschend gekommen. Er hat die Stadt Montag nach ohne Zielangabe heimlich verlassen und sich wahrscheinlich nach Paoitshau begeben. Seine Umgebung erklärt seinen Schritt mit dem Wunsch, seine Unnützigkeit und Friedensliebe zu beweisen. Die durch ihn geschaffene Lage steigert zunächst jedenfalls die Verwirrung in Peking, wo die Regierung gänzlich von Feng abhängig ist. Die Erklärung dürfte die sein, daß auch Feng keine Möglichkeit einer Klärung der Lage sieht und es vorzieht, trotz seines Sieges bei Tientsin seinen Besitz jenseits der Großen Mauer zu sichern. Inzwischen rechnet er mit der Ergebenheit seines Nachfolgers im Kommando, Jiangtuchangs, und seiner Truppen, die er gewiß vom Hintergrund aus kontrolliert, bis er „nach Beendigung des Bürgerkrieges“ wieder hervortritt.

Tokio, 6. Januar.

Der Vertreter des japanischen Außenministers äußerte sich in einer Unterredung über den Entschluß des Generals Fengjubians, eine Weltreise zu machen und zunächst nach Russland zu gehen. Er